

V. eGovernment

Vorbemerkungen der Herausgeber

Im Zuge der Aktivitäten der öffentlichen Verwaltung, die man unter dem Begriff „New Public Management“ zusammen fasst, finden heute starke Bestrebungen zur Steigerung der Effizienz der staatlichen Dienstleistungen statt. Dabei spielt neben den betriebswirtschaftlichen Faktoren natürlich auch der Einsatz neuer elektronischer Technologien eine strategische Rolle, was auch den Bereich der Rechtsinformatik in mehrfacher Weise betrifft. Dies alles wird üblicherweise unter den Begriff eGovernment subsumiert, wobei hier zwischen der behördeninternen Kommunikation, der Kommunikation zwischen Bürger und Behörde und der Kommunikation zwischen Behörde und dem privatwirtschaftlichen Sektor im Allgemeinen zu unterscheiden ist. Jeder dieser Bereiche wirft spezielle Probleme auf, die teilweise bereits gelöst sind, teilweise aber auch noch nicht.

Im Zentrum der Bestrebungen zum eGovernment stehen die Vereinfachung und Erleichterung von Behördenwegen, die etwa durch die Ausnutzung der Möglichkeiten der Kommunikation via Internet erreicht werden soll. Grundsätzlich ist es dabei ein akzeptiertes Ziel, dass sich im Prinzip alle Behördenwege, bei denen es technisch und rechtlich möglich ist, über das Internet erledigen lassen sollen. Durch die Heterogenität der Verteilung des Internet-Kompetenz in der Bevölkerung, findet man hier aber auch den Keim neuer Diskriminierungsmöglichkeiten. Eine gewisse Rolle wird hier in nächster Zukunft vermutlich die schon vor einigen Jahren vollzogene Einführung der Systematisierung von Verwaltungsangelegenheiten anhand praktischer Lebenssituationen spielen, wie sie etwa im help.gv.at zum Ausdruck kommt, sowie die Aktivitäten zum One Stop Service.

Als weiteres Ziel wird im Allgemeinen auch eine erhöhte Nachvollziehbarkeit des öffentlichen Verwaltungshandelns und eine Verbesserung der Bürgerbeteiligung angegeben. In wie weit dieses Ziel tatsächlich praktisch verwirklicht wird, wird die Zukunft zeigen. Tendenzen zu einer größeren Transparenz der öffentlichen Hand sind in Österreich unter den gegenwärtigen Umständen jedenfalls nur schwer nachzuweisen.

Als eines der dringlichsten Probleme des eGovernments ist wohl – ebenso wie im Bereich des eCommerce – die Entwicklung eines praktikablen und sicheren Systems elektronischer Signaturen zu nennen, das zur

allgemeinen Verbreitung tauglich ist. Daneben scheint das Problem der elektronischen Vergebühung von Verwaltungsdienstleistungen – das mit eCash ebenfalls sein Pendant in der Wirtschaft hat – von geringerer Bedeutung.

Sollten diese Probleme in nächster Zukunft auch in der praktischen Anwendung gelöst werden, steht einer stark elektronisch arbeitenden Verwaltung kaum noch etwas im Wege. Die dadurch erreichbare Verbesserung der Geschwindigkeit der Erledigungen scheint dabei durchaus ein attraktives Ziel zu sein. In den Beiträgen dieses Teils schildern die einzelnen Autoren detailliert bisher Erreichtes und die Trends der näheren Zukunft.

Literatur

Aichholzer, Georg: E-Government: elektronische Informationsdienste auf Bundesebene in Österreich, Wien 1999.

Aichholzer, Georg/Schmutzer, Rupert: E-Government in Österreich, in: *Schweighofer/Menzel*: E-Commerce und E-Government: Aktuelle Fragestellungen der Rechtsinformatik, Wien 2000, S. 79 ff.

Kubicek, Herbert: Verwaltung online – bürgerfreundlich und datenschutzgerecht zugleich, in: *Bäumler*: E-Privacy: Datenschutz im Internet, Braunschweig/Wiesbaden 2000, S. 250 ff.

Lenk, Klaus/Traunmüller, Roland (Eds.): Öffentliche Verwaltung und Informationstechnik: Perspektiven einer radikalen Neugestaltung der öffentlichen Verwaltung mit Informationstechnik, Heidelberg 1999.

Menzel, Thomas: Elektronische Signaturen, Wien 2000.

www.help.gv.at.